

Stellungnahme des Landtags
durch den Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur

zu der Mitteilung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur
vom 17. August 2012
– Drucksache 15/2306

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und
Kraftfahrzeuganhängern

S t e l l u n g n a h m e

- I. Der Landtag nimmt von der Mitteilung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur vom 17. August 2012 – Drucksache 15/2306 – Kenntnis.
- II. Der Landtag ersucht die Landesregierung,
 - a) im Bundesrat im Hinblick auf den Verordnungsvorschlag der EU-Kommission Bedenken gegen die Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes geltend zu machen;
 - b) die im Verordnungsvorschlag vorgesehene einjährige Prüffrist für Fahrzeuge abzulehnen, soweit diese zu einer Verkürzung der derzeit in Deutschland geltenden Prüffristen führen würde;

- c) den Vorschlag der Europäischen Kommission in der Form einer Verordnung abzulehnen und sich stattdessen für die Erarbeitung eines Richtlinienvorschlags einzusetzen, der die Mitgliedstaaten dazu ermächtigt, strengere Anforderungen an die Straßenverkehrssicherheit beizubehalten.

19.09.2012

Der Berichterstatter:

gez. Wolfgang Raufelder

Der Vorsitzende:

gez. Rudolf Köberle